

# Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 35 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 88.

Dienstag, den 16. April 1918.

25. Jahrg.

## Die landwirtschaftliche Arbeiterfrage.

Von Franz Krüger.

Die Versorgung der deutschen Landwirtschaft mit den nötigen Arbeitskräften ist ein immer schwierigeres Problem geworden, dessen befriedigende Lösung im dringenden Interesse des ganzen deutschen Volkes liegt. Seit Jahrzehnten vollzieht sich in immer stärkerem Maße die Abwanderung der Arbeiterbevölkerung vom Lande in die Städte. In den Jahren 1895—1900 sind in Preußen durchschnittlich jährlich 20 000, in den Jahren 1900—1905 aber bereits jährlich 160 000 Personen vom platten Lande abgewandert, und seitdem ist diese Zahl nicht geringer geworden.

Infolgedessen ist die Zahl der ausländischen Arbeiter, die für die Landwirtschaft herangezogen wurden, immer mehr gewachsen. Im Jahre 1905 wurden in Preußen 454 348 ausländische Arbeiter beschäftigt. Diese Zahl war bis zum Jahre 1911 auf 820 831 gestiegen, wovon etwa vier Fünftel auf die Landwirtschaft entfielen. Im Jahre 1912 erhöhte sich die Zahl um weitere 83 000, wovon 70 726 der Landwirtschaft zugeführt wurden und nur 12 225 der Industrie.

Unendlich viel ist in den letzten Jahrzehnten über Mittel und Wege geredet und geschrieben worden, die Landflucht einzudämmen und Arbeitskräfte aus den Städten aufs Land zurückzuführen. Die gemachten Vorschläge waren natürlich sehr unterschiedlich, je nachdem, von welchen Gesichtspunkten und Interessen aus die Frage betrachtet und behandelt wurde. Die Agrarier und die ihnen nahestehenden Kreise sehen die Ursachen der Landflucht hauptsächlich in der wachsenden „Genußsucht“ und der „unberechtigten Begehrlichkeit“ der ländlichen Arbeiterbevölkerung. Nach ihnen ist auf dem Lande alles in schönster Ordnung, und sie vertreten daher mit wenigen weitestgehenden Ausnahmen den Standpunkt, daß der Landflucht durch Zwangsmittel entgegenzuarbeiten werden müsse. Beschränkung der Freizügigkeit, insbesondere der jüngeren Arbeitskräfte, Einschränkung des Reiserverkehrs, Verweigerung des Koalitionsrechts an die Landarbeiter, Aufrechterhaltung der aus einer längst vergangenen Zeit stammenden, zum Teil über 100 Jahre alten Gesindeordnungen, Kontraktbruchgesetze, Unterdrückung jeder freiheitlichen politischen Aufklärung usw. sind die Mittel, mit denen sie die Arbeiter ans Land fesseln wollen. Daneben verbietet man der Eisenbahn und staatlichen Bauten (Kanäle, Straßen usw.), Landarbeiter anzunehmen. Aber auch mit „Sozialpolitik“ versucht man es. Dazu gehört insbesondere die Schaffung von Landarbeiteransiedlungen, besonders im Osten, wobei das Stückchen Land so klein bemessen wird, daß der Ansiedler bei den umliegenden Grundbesitzern arbeiten muß. Also Sozialpolitik zugunsten der Agrarier.

Für uns, die wir etwas mehr Verständnis haben für die Leiden, die Wünsche und Beschwerden der Landarbeiter, beweist die Landflucht etwas ganz anderes. Auch der Landarbeiter hängt durchaus an der Scholle, auf der er geboren wurde; nur schwer entschließt er sich zum Fortgehen. Es ist sicherlich nicht genußsüchtiges Streben nach dem Großstadtleben, welches die Landarbeiter in die Städte und zur Industrie treibt, denn auch hier erwartet sie Mühsal, Arbeit und Not; es tun dies vielmehr die elenden Lohn- und Wohnverhältnisse, ihre völlige Rechtslosigkeit und die vielfach unwürdige und unmenschliche Behandlung. Trotz allem Glend ist der Arbeiter in Stadt und Industrie doch ein Mensch. In welsch elenden, alten gesundheitlichen und kulturellen Anforberungen hohnsprechenden Löhern die Landarbeiter vielfach haufen und ihre Kinder aufwachsen lassen müssen, ist ja schon unzählige Male in der Presse an Beispielen bewiesen. Die Vieh- und Pferdebestände sind häufig Paläste im Vergleich zu den Arbeiterwohnungen und selbst zu den Schulen. Auf letzterem Gebiete ist durch Neubauten in den letzten Jahren viel gebessert. Dasselbe ist durch Hergabe gemeinnütziger Baugelder (Landesversicherungsanstalten usw.) auch bei den Arbeiterwohnungen angebahnt. Aber von allgemein menschenwürdigen Verhältnissen sind wir noch weit entfernt.

Dasselbe gilt von den Lohnverhältnissen. In Ostpreußen werden meistens Natural- und Barlöhne gezahlt. Vielfach sind es nicht das beste Getreide und nicht die besten Kartoffeln, die die Arbeiter erhalten. Wenn sie dann neben ihrem Deputat noch durchschnittlich 15 bis 25 Mk. Barlohn pro Monat erhalten, wovon Kleidung, Steuern, Schulbücher für die Kinder usw. bestritten werden sollen, so beweist das zur Genüge die Unzulänglichkeit der Löhne. Dazu werden auch die Kinder vom frühesten arbeitsfähigen Alter an (mindestens gleich nach der Schulentlassung) als sogenannte „Scharwerker“ gegen Tagelöhne von 0,40 bis 1 Mk. und Deputat zur Arbeit verpflichtet. Geht ein Kind anderweitig arbeiten, so ist der Arbeitgeber nach den ostpreussischen Verträgen berechtigt, die ganze Familie auf die Straße zu setzen, und nicht selten geschieht das. In den westlichen Provinzen Preußens sind die rechtlichen und auch die Lohnverhältnisse teilweise etwas besser.

Wie man auf dem Lande den Menschen im Landarbeiter mißachtet, dafür war wohl einer der trassierten Fälle der kürzlich veröffentlichte Fall in Mecklenburg, wo ein adliger Gutsbesitzer einen Arbeiter an einen Baum gebunden und schwer mißhandelt hatte. Das „Du“ gegen alle

Arbeiter, Schimpfworte als tägliche Umgangssprache, Mißhandlungen und amtsvorsteherliche Strafbefehle bei den geringsten angeblichen Verfehlungen gegen die Autorität des Gutsherrn sind das Kennzeichen der Arbeiterbehandlung, dazu kommt noch das Fehlen jedes Arbeiterschutzes und die mangelhafte Arbeiterversicherung für Landarbeiter.

Kann man sich unter diesen Umständen noch über die Landflucht wundern, und kann jemand im Ernst glauben, daß die oben geschilderten Zwangsmittel etwas anderes als eine Verschärfung dieser Zustände herbeiführen können?

Durch die zahlreichen Einberufungen aus der ländlichen Arbeiterbevölkerung ist naturgemäß während des Krieges die Arbeiterfrage für die Landwirtschaft noch schwieriger geworden. Da hat man ihr geholfen, indem die bei Kriegsausbruch in Deutschland befindlichen ausländischen Landarbeiter, die hier für die Kriegsdauer festgehalten wurden, ihr zugewiesen sind. Ebenso arbeiten in der Landwirtschaft Kriegsgefangene in großer Zahl. Trotzdem besteht andauernd Arbeitermangel und man ist dazu übergegangen, eine Reihe von Ausnahmestimmungen zugunsten der Landwirtschaft zu schaffen. In zahlreichen Fällen sind Kriegerfrauen auf dem Lande bei angedrohter und auch durchgeführter Entziehung der Kriegsunterstützung zur Annahme von Arbeiten in der Landwirtschaft ohne Rücksicht auf ihre Gesundheit und ihre Kinderzahl gezwungen worden, und ohne daß man sich darum kümmernde, welche Löhne ihnen geboten wurden. Das Hilfsdienstgesetz hat besondere Bestimmungen getroffen, um der Landwirtschaft ihre bisherigen Arbeitskräfte zu erhalten. Durch Verfügungen einzelner stellvertretenden Generalkommandos ist darüber hinaus unter gewissen Umständen die Erzwingung landwirtschaftlicher Arbeitsleistungen auch bei städtischer Bevölkerung ermöglicht und in weitgehendem Maße ist freiwillige Arbeits- und Erntehilfe durch Schüler usw. organisiert.

Neue große Schwierigkeiten stehen aber in nächster Zeit bevor. Nach dem Frieden mit Rußland sollen die Kriegsgefangenen baldigst ausgetauscht werden. Auch den bisher zurückgehaltenen russischen und polnischen Arbeitern wird man jetzt die Rückkehr in ihre Heimat gestatten müssen. Wenn auch die Abwicklung dieses Austausches schon infolge der Transportschwierigkeiten gewisse Zeit in Anspruch nehmen wird, so kann doch fraglich sein, ob aus diesem Menschenreservoir zur diesjährigen Ernte noch genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen werden.

Im höchsten Maße muß es aber zweifelhaft sein, ob nach dem Kriege bei der dann zu erwartenden wirtschaftlichen Entwicklung der ehemals oder noch russischen Länder der Zutritt von Arbeitskräften aus diesen Gebieten für die deutsche Landwirtschaft auch nur annähernd in dem Umfange vorhanden sein wird wie früher, da sie jetzt wahrscheinlich in ihrem eigenen Vaterlande lohnende Beschäftigung unter freizeithilflichen Verhältnissen finden werden. Andere Länder stehen aber für die Heranziehung von Arbeitskräften in diesem Maße kaum zur Verfügung, da es zweifelhaft sein muß, ob selbst die chinesischen Rulis noch Verlangen tragen werden, unter die Fuchtel der selbstigen Junker zu treten.

Rechnen wir auch nur mit dem Ausfall der Hälfte der vor dem Kriege vorhandenen ausländischen Landarbeiter (in Preußen ein Ausfall von zirka 4—500 000), rechnen wir weiter mit einem ähnlichen Abgang infolge der Kriegsverluste, so ergibt sich ein Fehlbetrag an Arbeitskräften, der die Lebensfähigkeit der Landwirtschaft gefährlich bedroht. Die Frage der Eindämmung der Landflucht und der Zurückführung von Arbeitskräften aus der Stadt aufs Land wird daher von erhöhter und allgemeiner Bedeutung. Glaubt aber noch ein vernünftiger Mensch, daß in Zukunft dieses Ziel durch Zwangsmittel zu erreichen ist, und daß man die Landarbeiterfrage noch weiterhin in halber Leibeigenenschaft erhalten kann? Ein freier Zug muß auch in diese Verhältnisse hinein, sie müssen auf einer ganz anderen rechtlichen, materiellen und moralischen Grundlage aufgebaut werden. Dann wird es besonders auch in der Uebergangszeit zur Friedenswirtschaft möglich sein, zahlreiche zurückkehrende Kriegsteilnehmer aufs Land zu führen.

Von dem freiwilligen Entgegenkommen der landwirtschaftlichen Arbeitgeber, insbesondere der Großgrundbesitzer, ist nach dieser Richtung aber sehr wenig zu erwarten. Der Standpunkt des „Herrn im Hause“ wird von ihnen mit rücksichtsloser Brutalität vertreten, sie werden den Landarbeiter freiwillig nicht als gleichberechtigten Kontrahenten im Arbeitsverhältnis anerkennen, sie werden nach wie vor bestrebt sein, alle Machtmittel ihrer Vorherrschaft auf dem Lande anzuwenden. Wie an alle Vorrechte, klammern sie sich auch an diese mit Nägeln und Zähnen und geben nichts preis. Am deutlichsten wird dies illustriert durch die Tatsache, daß die Landwirtschaft trotz ihrer riesigen Kriegsgewinne die Löhne ihrer Arbeiter im Kriege nur unwesentlich aufgebessert hat. Soll eine fühlbare Besserung der Landarbeiterverhältnisse eintreten, so muß die Gesetzgebung eingreifen, schnell und gründlich.

Der Weg dazu ist durch das gemeinsame Programm der Landarbeiterverbände gewiesen, das wir vor wenigen Tagen veröffentlicht haben.

Will man die deutsche Landwirtschaft leistungsfähig erhalten, so braucht sie vor allen Dingen eine ausreichende und leistungsfähige Arbeiterkraft. Unsere Unabhängigkeit und unser Wohlstand in der Ernährungsfrage hängt wesentlich

hiervon ab. Dieser Arbeiterstamm darf aber nicht auf Zwang, Gewalt und Leibeigenchaft, sondern muß auf Recht und Freiheit gegründet sein. Mögen Reichstag und Regierung ihre Pflicht tun! Eile tut no!

## Die Kämpfe im Westen.

Nach dem gestrigen Abendbericht haben deutsche Truppen Wulvergem, das nordöstlich von Neuvekerke liegt, sowie die feindlichen Linien nordöstlich von W. genommen. Sie bedrohen damit immer mehr den Ypernbogen.

Die Schwierigkeiten der gegnerischen Stellung an der Lysfrant werden von Stegemann „Bund“ zutreffend wie folgt geschildert: „Erinnert man sich, daß das britische Festlandsheer nur noch den Raum beherrscht, der durch die Außenpunkte Amiens-Arras-Bethune über Neuport bestimmt wird und daß es in einem Brückenkopf kämpft, so wird man einen Stoß, der das Lys-Tal aufwärts in der Richtung Düinkirchen führt, und den großen Stapelplatz und Verbindungsknoten St. Omer, jetzt vielleicht wieder Hauptquartier, bedroht, als sehr gefährlich bezeichnen müssen, insbesondere, wenn er zugleich die Südfanke von Ypern öffnet und die Wirkung in der Linie Comines-Armentieres so verstärkt, daß dadurch die letzte Ausfallstellung der Engländer, das unter unglücklichen Umständen erstrittene Vorfeld von Ypern, als die Errungenschaft der Flandernschlachten, erschüttert wird. Liegt deutsches Feuer auf Poperinghe, weichen die Engländer aus Armentieres und dem flögsteerten Wald und über Kemmel, so gerät die vielbestürmte Ypernfront ins Wanken. Soweit ist es noch nicht, aber die Entwicklung drängt; und es wird wenig übrig bleiben, als an den Lys-Brücken und bei Bethune alle Versärfungen zu häufen, die French ihm noch schicken kann, um eine Durchbrechung seiner Nordfront zu verhindern, die um so gefährlicher wäre, als im Süden Amiens immer noch sehr stark bedroht ist und der Bewegungsraum der englischen Armeen sich zusehends verengt. Es kommt also unter so mißlich gewordenen strategischen Verhältnissen für die englisch-französische Heeresleitung wirklich alles drauf hinaus, Stand zu halten, Unshilfe zu leisten, zu kämpfen, hoffe was es wolle, um die taktische Lage sicherzustellen und die mit überlegener Weisheit vorbereitete und von erkannter Kampfkraft getragene Offensive der Deutschen auslaufen zu lassen. Die Italiener haben Grund, unter solchen Aussichten einer überreichlichen Offensive mit wachsender Beklemmung entgegenzusehen, denn sie sind auf sich gestellt in mindestens ebenso schlechter strategischer Stellung und als rechter Flügel der Westfront in höherer Weise von Abdrängung von den Verbündeten bedroht, als der englische linke Flügel, der um die Somme-Flanke und um seine Brückenköpfe kämpft.

Der Pariser Korrespondent der „Berlinske Tidende“ teleggraphiert über den letzten englischen Rückzug laut „Temps“: Die Schlacht in der Gegend, die die Deutschen zum größten Angriff gewählt haben, entwickelt sich dermaßen, daß ein schnelles Eingreifen notwendig erscheint. Die englischen Truppen sind zurückgegangen zwischen Ypern—La-Bassee-Kanal. Dies kann sehr ernst werden, weil es ihr größter Rückzug ist, der im Schlachtraum nordöstlich Armentieres—Cleres stattfand. Wir können nicht die Linie des englischen Heeres durch die Deutschen durchbrechen lassen. Es existiert auf der Westfront nicht mehr ein englisches und ein französisches Heer, es gibt nur ein Heer unter dem Kommando eines Führeres. Der Augenblick ist ernst, es muß schnell gehandelt werden, bevor sich die Situation verschlechtert.

Während hier der Situation offen ins Auge geblickt wird, gab Clemenceau im französischen Kammerauschuß den Abgeordneten die Versicherung, daß innerhalb von zwei Monaten die große Wendung der Kriegslage erfolgen würde, die das Ende des Krieges bringen werde. Ob der „Tiger“ wirklich an diese seine Prophezeiung glaubt? Ob er wirklich glaubt, daß die Amerikaner noch in so kurzer Zeit nennenswerte Hilfe bringen können? Allerdings kann er sich in seiner Hoffnung auf eine Reutermeldung stützen, die besagt: Amerikanische Verstärkungen sind in Frankreich letzter Tage eingetroffen und nehmen an der großen Schlacht teil. Obwohl keine Zahlen veröffentlicht werden dürfen, sollen die Transporte nach Europa im Durchschnitt dreimal größer sein, als noch vor kurzer Zeit.

Dagegen dürfte auch ihm bekannt geworden sein, daß die Australier in der Tat kriegsmüde sind; sie haben bereits zu sehr gelitten, um noch weitere Opfer bringen zu wollen. Auf allzugroße Hilfe von dieser Seite kann also die Entente kaum rechnen. Aber noch ein anderes um Hilfe angeflehtes Land macht nicht mehr mit: Siam. Aus Paris meldet Havas: Siam ließ offiziell erklären, angesichts der Transportschwierigkeiten keine Truppen an die englische Front mehr senden zu können. Es wollte durch die einmalige Truppenentsendung nur seine Zustimmung für die Sache der Gerechtigkeit zum Ausdruck bringen.

Jetzt hat Foch auch offiziell seinen Titel weg. Amtlich wird aus Paris gemeldet: Die französische und die britische Regierung kamen darüber überein, dem General Foch den Titel eines Oberbefehlshabers der alliierten Armeen zu übertragen.



Die Berichte.

Der deutsche Abendbericht.

1818. Berlin, 15. April, abends. (Amtlich.)

Derliche Kämpfe auf dem Schlachtfeld an der Eps. Wulderem und die feindlichen Linien nordöstlich vom Orte wurden

Die englischen Heeresberichte.

Vom 15. April, nachmittags: Die heftige Schlacht dauerte gestern den ganzen Tag über um Neuveglise an. Nach dem unsere Truppen zahlreiche Angriffe abgelehnt hatten, wurden sie schließlich zum zweiten Male gezwungen, aus dem Dorfe sich zurückzuziehen. Starke Angriffe wurden gestern nachmittags vom Feinde an einer Anzahl anderer Punkte der Schlachtfeldfront unternommen. Nordwestlich von Merrillie fand ein wüthender Kampf mit dem Ergebnis statt, daß deutsche Infanterie unter großem Verluste zurückgetrieben wurde. Feindliche Infanterie, die längs des Nordufers des Dystanals vorrückte, wurde von unserem Artilleriefeuer empfangen und konnte ihren Angriff nicht entwickeln. Im Laufe des Tages unternahm der Feind nicht weniger als 7 Angriffe im Abschnitt Merrillie, die alle mit schweren Verlusten für seine Truppen abgewiesen wurden. In einem Falle rückte der Feind in fünf Wellen zum Sturm vor. Unter der Wucht dieses Angriffes wurde unsere Linie leicht zurückgebeugen, jedoch durch unsern Gegenangriff vollkommen wiederhergestellt. Südwestlich von Baillieu gelang es Teilen des Feindes, in unsere Stellungen einzudringen. Sie wurden aber durch unsern Gegenangriff vertrieben und unsere Linie wiederhergestellt. Gelungene kleinere Operationen wurden von uns vergangene Nacht bei Kohago (?) ausgeführt und mehrere Maschinengewehre und 150 Gefangene zurückgebracht. Heute morgen wurde auch südlich der Somme der Kampf in der Nähe von Hangard aufgenommen. Unsere Stellung wurde in diesem Abschnitt verbessert und eine Anzahl Gefangene gemacht. Letzte Nacht war die feindliche Artillerie in der Nähe von Bucquois tätig.

Der Rücktritt Czernins.

Der unmittelbare Anlaß zur Demission Czernins bildet, wie der Wiener Berichterstatter des „Berliner Tageblattes“ erfährt, die Tatsache, daß Kaiser Karl dem Minister von dem politisch zweifellos sehr bedeutamen Brief, den er im März 1917 an den Prinzen Sixtus von Bourbon gerichtet hat, bis zur Veröffentlichung dieses Schreibens durch die französische Regierung keinerlei Mitteilung gemacht hat. Graf Czernin hat dies als einen Mangel an Vertrauen empfunden und daraus seine Resignation gezogen. Neben diesem unmittelbaren Anlaß sind natürlich auch jene Gründe, die bereits früher erwähnt worden sind, zur Annahme des Demissionsgesuchs durch den Kaiser mitbestimmend gewesen. Die Demission ist in ihrer Schnelligkeit etwas überraschend gekommen. In den Kreisen der deutschbürgerlichen und christlich-sozialen Abgeordneten hat die Nachricht von dem Rücktritt des Grafen Czernin großes Bedauern, teilweise geradezu Bekehrung hervorgerufen, obwohl nach dem neuerlichen Telegramm des Kaisers Karl an Kaiser Wilhelm die Bündnistreue auch weiterhin als richtunggebend für die auswärtige Politik der Monarchie anzusehen ist. Auch von ungarischen Staatsmännern, von denen gerade Bekerle und Tisza in Wien weilen, wird der Rücktritt Czernins im gegenwärtigen Augenblicke bedauert. Die nichtdeutschen Parteien meinen dem Grafen natürlich keine Träne nach, obwohl auch sie seinem Charakter eine gewisse Achtung nicht verlagern.

Eine Meldung des Wiener Teleg. Korresp.-Bureaus besagt: Die Blätter erfahren von unrichtiger Seite: Graf Czernin hat von der Urschrift des Briefes Kaiser Karls an den Prinzen Sixtus von Parma Einsicht genommen. Die Urschrift steht vollständig im Einklang mit der über den Kaiserbrief veröffentlichten Kundmachung unseres Ministeriums des Äußeren vom 12. April. In diesem Schriftstück ist weder der Auftrag an den Prinzen Sixtus enthalten, den Brief Kaiser Karls irgend jemandem mitzuteilen, noch ein Wort über Belgien. Der auf Schlaglichtungen bezügliche Satz deckt sich vollständig mit der vom Ministerium des Äußeren veröffentlichten Fassung.

Unter den Leuten, die als mutmaßliche Nachfolger für Czernin in Betracht kommen, werden genannt: Baron Merca, Tisza, Prinz Gottfried von Hohenlohe, Graf Mensdorff, Graf Berchtold, Prinz Schönburg-Gartenhausen. Der österreichisch-ungarische Botschafter in Berlin, Prinz Hohenlohe-Schillingensfeld, hat sich am Montag abend nach Wien begeben. Es wird aber berichtet, daß er nur „zur Zuhlungnahme“ und Raterteilung nach Wien geht.

Clemenceaus Pressebureau läßt mitteilen, die Regierung werde, falls erforderlich, neue Dokumente aus dem Kasitel Parma veröffentlichen.

Was der Krieg bringt.

Die Beute eines Halbjahres.

Vom 15. Oktober 1917 bis zum 15. April 1918 haben die Mittelmächte über 517 000 Gefangene gemacht und 7246 Geschütze, mehr als 300 Tanks und gegen 20 000 Maschinengewehre erbeutet. Außerdem fielen über 100 Panzerkraftwagen, 630 Autos, 7000 Fahrzeuge und unabsehbares Eisenbahnmateriale in ihre Hände. Unter diesem befinden sich über 800 Lokomotiven und 5000 Waggons. Die Bestände der Munitionsdepots sind noch nicht annähernd festgestellt. Allein an Artilleriemunition wurden bisher drei Millionen Schuß gezählt. In derselben Zeit wurden über 1100 Flugzeuge und mehr als 100 Jettballone abgeschossen. Die Beute an sonstigen Kriegsmaterial, Pionieregerät, Handfeuerwaffen, Gasmasken, Beständen an Kleidung und der Verpflegungsdepots konnten zahlenmäßig bisher noch nicht annähernd festgestellt werden.

Die Deutschen in Finnland.

Ueber das Eindringen der deutschen Streitkräfte in die finnischen Gewässer, die Landung in Helsingfors und die ersten Kämpfe mit der Roten Garde in der finnischen Hauptstadt gibt das Volkswort nachfolgender Bericht heraus:

Das Eindringen des deutschen Schwabers nach Helsingfors war durch einen Rebell, gefährlichste Revolutionsverächter und Pöbelis sehr schwierig. Die Navigation wurde durch die Besetzung wichtiger Punkte über Eis ermöglicht werden. In Helsingfors wurde dem russischen Kriegsschiff „Björk Reili“ und gegen russischen Transportdampfer und Eisbrecher mit Tausenden von Angehörigen der russischen Marine und deren Familien an Bord, anziehend auf dem Wege nach Kronstadt, begannen. Es hatte eine weite Flotte als Zeichen der neutralen Haltung. Die Flotte wurde auch über den Weg ihrer Besetzung und Stärke berichten. Die Besetzung

und auf den im Hafen zurückgelassenen russischen Kriegsschiffen. Vor dem Landungsunternehmen Grahara gab ein großer östlicher Wind im Eise sowie Schiffströmungen, Landedeckel um den Maß an, an dem drei englische U-Boote bei der Nachricht von unserer Landung gesprengt waren. Sofort nach Anbruch des deutschen Geschwaders wurde das Landungsstörwerk am späten Abend des 12. April ausgeschifft. Es erlitt die ersten Verluste schon während der Landung durch ein Automobil der Roten Garde, das unter der Führung des Roten Kreuzes mit einem Maschinengewehr schloß. Die Hauptknoten der Roten Garde waren fast sämtlich in der Nähe des Hafens gelegenen Staatsgebäude. Vom frühen Morgen bis zum Mittag des 13. April hatten das Landungsstörwerk der Marine und eine in der Nähe des Hafens angelegte Kompanie deutscher Jäger schwere Straßenkämpfe beim Nord- und Südhafen. Die Roten Garde bestanden mit dem Maschinengewehr auch die Annäherung an den Landungsplatz sowie die Verbindung zwischen dem am Südhafen gelegenen Markt- und der Halbinsel Sotkoden. Unsere Matrosen hatten auf leichter einen besonders schweren Stand, da die Roten Garde das gegenüberliegende Senatshaus besetzt hatten. Ein totes Weib mit etwa 200 Männern, Frauen und Jugendlichen ergab sich bald nach dem Eingreifen der Geschütze der Minenschiffe und Regleischiffe. Trotzdem die sich ergebenden Rohen Garde mit hocherhobenen Händen dastanden, wurde von anderen Roten Garde auf sie und die deutschen Begleitmannschaften geschossen. Gegen 2 Uhr nachmittags war der schwerste Kampf überstanden. Die Roten Garde ergaben sich allmählich. Die Hauptführer waren insbesondere im Palast des Generalgouverneurs, im Senatshaus und im kaiserlichen Palais verborgen. Die zahlreichen heranstürmenden Anhänger der Weißen Garde wurden bewaffnet und sind wertvoll für die weitere Säuberung der Stadt vor den noch vielfach verborgenen Roten Garde, zum Einschleppen der erbeuteten Waffen, Nachdienst um. Die bis dahin ausgeübte Stadt war fast schwarz von festlich bewegten Menschen, die die Matrosen und Jäger immer wieder mit Hochrufen begrüßten und mit Blumen beschenkten sowie auf offener Straße bewirteten und den Offizieren die Hände zum Dank drückten. Seit zwei Monaten unterdrückte bürgerliche Zeitungen haben noch im Laufe des Nachmittags Extrablätter heraus mit begeisterten Dankesauslassungen gegen Deutschland. Öffentliche und viele Privatgebäude sind besetzt, darunter auch viele mit deutschen Fahnen.

Die Ursachen des Staatsstreichs in Finnland.

Stimmen finnischer Sozialisten.

Nach einer Meldung von „Svenska Dagbladet“ haben die sozialistischen Mitglieder des Landtages in Helsingfors einen Aufruf erlassen, in dem unter anderem gesagt wird: Das durch Vertreter der Roten Garde verstärkte Parteikomitee beschloß den für das ganze Land und hauptsächlich für die sozialdemokratische Partei so unglücklichen Staatsstreich, der dann am 27. Januar ausgeführt wurde. Keine sozialdemokratische Parteiverammlung hatte einen ähnlichen Staatsstreich oder eine rote Diktatur beschlossen. Als der Staatsstreich durchgeführt wurde, wurde die sozialdemokratische Landtagsgruppe überhaupt nicht gefragt und der Parteirat erst eine Woche nach dem Staatsstreich zusammengerufen, um über die Angelegenheit zu beraten. Jeder, der bei dieser Sitzung gewagt hätte, sich in irgendeiner Weise zu widersprechen, wäre das Opfer eines Bajonetts geworden. Dieser Staatsstreich ist nicht nur gegen den Willen der vom Volke durch das allgemeine Wahlrecht gewählten Vertretung, des Landtages, in Szene gesetzt worden, sondern auch ein Staatsstreich gegen die sozialdemokratische Partei selbst gewesen.

Nach einer Meldung von „Stockholms Tidningen“ haben die beiden sozialdemokratischen finnlandischen Landtagsabgeordneten Blomquist und P. Piisinen im radikalen Organ der Agrarpartei „Alfa“ einen Artikel veröffentlicht, in welchem sie befragen, was aus der finnlandischen Arbeiterbewegung werden wird und erklären, daß die sozialdemokratische Zeitung „Työmies“ die Hauptschuld an der Zerführung der Arbeitermassen habe. Die Helsingfors Sozialisten seien durch das in Lande befindliche russische Militär und die niedrigsten Elemente der menschlichen Gesellschaft auf die Gewaltbahn gebracht worden. Die Verbrüderung dieser Elemente habe den letzten Rest des Zusammengehörigkeitsgefühls mit dem eigenen Volke zerstört. Die Arbeiter seien mit russischen Waffen ausgerüstet worden. Bewaffnete Raubzüge, zahlreiche Morde und Strafexpeditionen und endlich der Bürgerkrieg seien die Folge gewesen.

Der österreichische Bericht.

Wien, 15. April. (Amtlich.)

Am der Südwestfront stellenweise erhöhte Kampftätigkeit.

Bessarabien und die Ukraine.

Die Nachricht von dem Anschluß Bessarabiens an Rumänien rief in allen Kreisen der ukrainischen Bevölkerung große Entrüstung hervor, und unverzüglich wurde eine außerordentliche Sitzung des ukrainischen Parlaments „Zentralna Rada“ abgehalten, die speziell der Bessarabischen Frage gewidmet war. Alle Fraktionsführer im Parlament erhoben energisch gegen die internationale Spekulation der rumänischen Regierung Protest. Sie wiesen darauf hin, daß dieser Anschluß nicht nur dem Wunsche der Ukrainer, Deutschen, Bulgaren und Bessaraber nicht entspricht, sondern auch nicht dem Wunsche der moldauischen Bevölkerung selbst.

(Meldung der ukrainischen Telegraphen-Agentur.) Die ukrainische Presse erhebt einstimmig Einspruch gegen die imperialistischen Gelüste der rumänischen Regierung und weist darauf hin, daß das ukrainische Volk sich mit der Lösung der Bessarabischen Frage im rumänischen Sinne nie einverstanden erklären könne, und die ukrainische Regierung wird aufgefordert, in Verwahrung ukrainischer Interessen bezüglich Bessarabiens energisch aufzutreten.

Aus Odessa wird gemeldet: Gestern wurden Vertreter der 200 000 Seelen zählenden bulgarischen Bevölkerung in Bessarabien nach Sofia delegiert mit einem Protest gegen den eventuellen Anschluß Bessarabiens an Rumänien. Die Bulgaren in Bessarabien befürchten das Schicksal ihrer Brüder in der Dobrudscha und wollen nicht von Rumänien unterjocht sein.

Gegenüber diesen Nachrichten wird aus Berlin gemeldet: Ein Protest der Ukraine gegen die Vereinigung Bessarabiens mit Rumänien liegt nicht vor. Seinerzeit hat die Ukraine auch aus gegenüber erklärt, daß Bessarabien keinen Teil des ukrainischen Gebiets bilde und die betreffenden Governements sind auch damals nicht genannt worden. Auf die ukrainische Anfrage nach unserer Stellungnahme zu der Frage betonte unser Gesandter in Kiew, von Rumänien, daß wir unsererseits gegen eine Angliederung nichts einwenden, daß wir aber in keiner Weise das Projekt positiv gefördert haben.

Der Hungerriemen für Estland etwas gelockert.

Die amerikanische Gesandtschaft in Haag hat von der amerikanischen Regierung Bericht erhalten, daß der niederländischen Gesandtschaft in Washington mitgeteilt worden sei,

daß der Dampfer „Hollandia“, der sich in Buenos Aires befindet, eine Ladung Getreide nach den Niederlanden führen kann unter der Bedingung, daß ein Schiff aus den Niederlanden nach einem nordamerikanischen Hafen fährt und daß die „Hollandia“ in einem amerikanischen Hafen untersucht wird. Die beiden niederländischen Dampfer „Java“, jetzt in Savannah, und „Suno“, jetzt in Caracas, oder andere Schiffe von ungefähr gleichem Tonnenraum, die die niederländische Regierung dazu bestimmen möge, dürfen in einem Hafen der Vereinigten Staaten Getreide laden und nach den Niederlanden ausführen unter der Voraussetzung, daß zwei Schiffe von ungefähr gleichem Tonnenraum gleichzeitig nach nordamerikanischen Häfen abgehen. Die amerikanische Regierung schlägt, daß diese drei Schiffe ungefähr 14 000 Tonnen Getreide nach den Niederlanden bringen können, die natürlich von den 100 000 Tonnen Getreide, die der niederländischen Regierung angeboten wurden, abgerechnet werden. Es handelt sich ausdrücklich um Ausnahmefälle, die nur zugehört werden, um Holland's Lage zu erleichtern.

Die Arbeiterminister wollen aus dem englischen Kabinett austreten.

Die „Daily News“ teilen mit, seit Ende der Woche wurde die Lage für die Regierung schwierig. Die Arbeiterminister berieten darüber, ob sie die Regierung noch unterstützen könnten. Es heißt, daß die Partei gegen die Einführung der Dienstpflicht in Irland ohne gleichzeitige Einführung von Homestead ist und daß Barnes mit der Politik der Regierung bezüglich der irischen Dienstpflicht ganz und gar nicht einverstanden ist. Wahrscheinlich werden die drei vereinigten ausführenden Arbeiterausschüsse die Arbeiterminister auffordern, aus der Regierung auszutreten.

Gegen die Einführung der Dienstpflicht in Irland.

Ist eine mächtige Bewegung im Gange. Der Parlamentsberichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet, daß der Bericht der Irischen Konvention am Donnerstag im Unterhause vorgelegt wurde. Der Bericht besteht aus fünf Teilen. Es wird darin die Errichtung eines Parlaments für ganz Irland vorgeschlagen, das aus einem Oberhause und einem Unterhause bestehen soll, und gleichzeitig entsprechende Sicherstellung für die Unionisten. Die Konvention hat mit 48 gegen 27 Stimmen beschlossen, daß die Einführung der Dienstpflicht für Irland dem Irischen Parlament überlassen werden muß.

Die Frage der irischen Dienstpflicht wird von den Blättern noch immer viel besprochen. „Daily Chronicle“ und „Daily News“ sind erlautet darüber, daß die Regierung so leichtfertig einen so ersten Konflikt mit Irland heraufbeschwört. Denlin hat im Unterhause den Bericht des Unterausschusses der irischen Konvention vorgelesen, der besagt, daß es praktisch unmöglich sei, die Dienstpflicht in Irland ohne Zustimmung und Mitwirkung eines irischen Parlaments einzuführen. Lloyd George mußte zugeben, daß er den Bericht überhaupt nicht kannte. Später wurde mitgeteilt, daß nicht nur die fünf Unterzeichner dieses Berichts, von denen drei Unionisten sind, gegen die Dienstpflicht waren, sondern daß die Konvention den Bericht einstimmig angenommen hat. Der Parlamentskorrespondent des „Daily Chronicle“ berichtet, daß niemand den Wunsch habe, in diesem ersten Stadium des Krieges eine politische Krise heraufzubeschwören. „Asquith“ habe nicht die Absicht, die Führung der Opposition gegen die Dienstpflicht in die Hand zu nehmen. Er habe seine Ansicht darüber ausgesprochen und fühle offenbar keine Neigung, weiterzugehen. „Newspaper“ zufolge berichtet der „Daily Telegraph“ aus Dublin: Es wird viel über eine Abspaltung zwischen allen Nationalisten gesprochen. In allen Teilen des Landes wächst von Tag zu Tag die Entschlossenheit, sich jeder Zwangsmaßnahme zu widersetzen. Diejenigen, die sich von dem Ernst der Verhältnisse Rechenschaft geben, erklären, daß man die Frage der Dienstpflicht nur dem irischen Parlament überlassen kann. Der irische Gewerkschaftskongress hat alle irischen Arbeiter zu einem Arbeiterkongress auf den 20. April einberufen, um zu beraten, wie die Stellung der irischen Arbeiter in der Frage der Einführung der Dienstpflicht am besten gewahrt werden könne. Der irische Bauernbund sprach sich in einer Entschließung dahin aus, daß jede neue Entziehung von Arbeitskräften in Irland auf die Lebensmittelproduktion einen nachteiligen Einfluß haben werde. Verschiedene öffentliche Körperschaften in Drogheda und den Grafschaften Louth und Meath haben einstimmig einen Antrag angenommen, in dem gegen die Dienstpflicht protestiert wird.

Der Krieg auf den Meeren.

1818. Berlin, 15. April. (Amtlich.) Im Sperrgebiet des mittleren Mittelmeeres versenkten deutsche und österreichisch-ungarische U-Boote 2 Dampfer, die in stark gesicherten Geleitzügen fuhren, und 2 Segler — zusammen mindestens 25 000 Brutto-Registertonnen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Das „Welt Journal“ meldet: Der Privat-Schiffverkehr Dover-Calais ist wegen der Zunahme der U-Bootegefahr gänzlich eingestellt worden.

Kleine Nachrichten.

In Prag kam es zu erneuten deutschfeindlichen Demonstrationen.

Wie „National Tidende“ aus Stockholm meldet, finden zwischen der Ukraine und Schweden Unterhandlungen statt behufs Austausch von Getreide gegen schwedische landwirtschaftliche Maschinen.

Die tägliche Beschießung von Paris wird fortgesetzt; sie erstreckt sich auch bereits auf die Nachstunden.

Die brasilianische Regierung hat ihre Maßnahmen gegen die Deutschen verstärkt; sie dürfen nicht ins Meer eintreten, was ihnen sehr angenehm sein wird. Weiter werden alle für Deutsche bestimmte andern Waren beschlagnahmt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Eine Reichswohnungszählung?

Eine Reichswohnungszählung ist, wie die „Münchener Augsburger Abendzeitung“ erfährt, in Vorbereitung. Sie wird demnächst vom Bundesrat beschlossen werden. Es handelt sich darum, zuverlässige Unterlagen über den Stand der Wohnungsverhältnisse zu erhalten.



Verhältnisse im ganzen Reich zu erhalten, um dann an der Hand dieses Materials helfen eingreifen zu können, wo es notwendig ist.

### Die Lübecker Bürgerschaft

hielt gestern eine Versammlung ab, in der eine längere Debatte über die vom Staat zu ergreifenden Maßnahmen zur Linderung der Wohnungsnot erfolgte. Herr Dr. Witter trat in fast einstündigen Ausführungen für eine Wenderung unserer staatlichen Bodenpolitik ein und forderte, daß man die Möglichkeit, an alle Einwohner billiges Land zum Bau von Wohnhäusern und für Industriezwecke abzugeben, anstreben solle. Im Verfolg dieses Gedankens beantragte er eine Wenderung verschiedener gesetzlicher Bestimmungen. Gen. Löwigt sah in der Senatsvorlage gleichfalls nur einen kleinen Anfang, der hier bestehenden Wohnungsnot durch staatliche Mithilfe zu steuern. Es müßte viel mehr geschehen und der Staat selbst zum Wohnungsbau übergehen. Dann wandte er sich besonders gegen die Bestimmung des vom Staat mit der Heimstätten-Gesellschaft abgeschlossenen Vertrages, wonach den Mietern der Wohnungen unter allen Umständen eine Untervermietung untersagt ist. Er wies nach, daß dies zu mancherlei Härten führen könne. Von Dr. v. Broden wurde das anerkannt und ein Änderungsantrag gestellt, der in besonderen Fällen die Möglichkeit der Untervermietung zulassen sollte. Eine Anzahl Redner bekämpfte diesen Antrag, der schließlich der Ablehnung verfiel. Die ganze Vorlage wurde darauf einstimmig angenommen.

Die Beratung der übrigen Gegenstände bot wenig Interesse. Erwähnt sei noch, daß der Saal nur schwach besetzt und die Tribünen fast gänzlich leer waren. Wir lassen nunmehr den Sitzungsbericht folgen:

#### Schaffung von Kleinwohnungen.

Die Senatsvorlage behandelt den von uns bereits besprochenen Vertrag zwischen dem Staat und der Heimstätten-Gesellschaft betr. den Bau von Kleinwohnungen.

Dr. Wittern erörtert zunächst die Ursachen der Wohnungsnot in Lübeck, die auf den wirtschaftlichen Aufschwung Lübecks zurückzuführen sei. Redner begrüßt die Vorlage, wünscht aber, daß wir in bezug auf die Bodenpolitik und auch bezüglich der Wohnbau- und Industriebaupolitik grundlegende größere Fortschritte machen. Wir sollten versuchen, hier bahnbrechend zu wirken, indem wir dafür sorgen, daß jedermann billigen Boden erhalten kann zu dem Zwecke, um darauf Wohnhäuser zu bauen. Es sollten Vorkehrungen getroffen werden, daß dieser billige Bodenpreis auch von seinem Rechtsnachfolger innegehalten wird. Es sei notwendig, daß zu diesem Zwecke die bestehenden Gesetze geändert werden. So müßte das Enteignungsgesetz dahin abgeändert werden, daß bei Enteignung höchstens das dreifache des landwirtschaftlichen Wertes ersetzt wird. Das Maß pro Quadratmeter Wohnland etwa 1,20 Mk. aus; mit den Kosten für Anlegung der Straßen belaste sich dann der Preis für Bauland auf 5 Mk. pro Quadratmeter, wie er auch bei dieser Vorlage vorgesehen sei. Der Bebauungsplan müsse dahin geändert werden, daß die Grundstücke eine größere Tiefe erhalten. Das alles aber soll nur für gemeinnützige Bauvereine gelten. Redner bittet um eingehende Prüfung der von ihm angeregten Fragen, wie er auch dringend um Aufhebung des Oberbaurechts des Staates ersucht, damit auch in Lübeck blühendes Leben erwache. Redner stellt einen Antrag, der sich in dem vorerwähnten Sinne bewegt und bittet um Überweisung desselben an den Bürgerausschuß. In seinen Schlussworten paradiert Redner die Abgrenzung mit der Wahlrechtsfrage.

Auf Vorschlag des Vorsitzers wird der Antrag Wittern auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung gesetzt.

Colleman: Der Bau von neuen Wohnungen ist angesichts der heutigen Preise außerordentlich erschwert. Deshalb muß der Staat eingreifen, muß Mittel zum Bau neuer Häuser bereitstellen. Der staatliche Zuschuß von 40 Prozent sei zu gering; aber die Heimstätten-Gesellschaft sei damit zufrieden. Der gemeinnützige Bauverein betrachtet es als Ehrenpflicht, zur Beseitigung der Wohnungsnot beizutragen. Er will 46 Wohnungen bauen, hätte aber ein weitgehenderes Entgegenkommen der Finanzbehörde erwartet. Leider sei das nicht der Fall gewesen. 45 Prozent des Bauwertes sollten als Zuschuß gewährt werden, das ist aber unzureichend. Deshalb kann der Bauverein nur 22 Wohnungen bauen. Die Verhandlungen seien noch nicht abgeschlossen; deshalb sei es verwunderlich, daß sich der Bürgerausschuß bereits mit einem Vertrage, der nur ein Entwurf sei, beschäftigt habe.

Senator Eichenburg: Im allgemeinen ist es Usus, daß solange Verhandlungen schweben, von interessierter Seite nicht öffentlich in dieselben eingegriffen wird; im Gegenteil: die Interessenten treten bei öffentlicher Behandlung der Sache ab. Der

## Der amtliche Kriegsbericht.

1818. Großes Hauptquartier, 16. April. (Amtlich.)  
Berliner Kriegskorrespondenz.

Angriffe auf dem Schlachtfelde an der Oys führten zu vollem Erfolge.

Die großen Sprengtrichter aus der Wythae-Schlacht von 1917 wurden im Handreich genommen. Nach kurzem Feuer schlug erkrümmten wir in überraschenden Angriffen Wulvergem und die feindlichen Stellungen beiderseits des Ortes. Gegenstände englischer Kompagnien wurden völlig zusammen. Von der Ebene heraus erfliegen unsere Truppen im Angriff die Höhen zwischen Neuwerkze und Bailleul und entrißen sie in beständigem Kampfe dem Feinde. Englische Angriffe gegen Locon scheiterten.

An der Schlachtfeldfront zu beiden Seiten der Somme nahm der Artilleriekampf nur am Rucebach, in der Gegend von Moreuil und Montdidier größere Stärke an. Bei Abwehr eines von Engländern und Franzosen gemeinsam durchgeführten Angriffes nördlich vom Rucebach machten wir Gefangene.

Am Dije-Visne-Kanal und auf dem Westufer der Mosel führten wir erfolgreiche Unternehmungen durch.

#### Finnland.

In Rowija (östlich von Helsinki), nach Überwindung schwieriger Eisverhältnisse gelandete Truppen ließen über Lapptraed nach Norden vor und brachen mehrfach feindlichen Widerstand und haben die von Lammfors nach Wiborg führende Bahn östlich von Lahti erreicht.

Der Erste Generalquartiermeister.  
Lubendorff.

Vorzredner habe ein anderes Verfahren beliebt; ich lehne es ab, darauf einzugehen.

In der Beratung des Vertrages gab Löwigt seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß der Wohnungsnot mit Staatshilfe gesteuert werden soll. Es handelt sich hier aber nur um einen kleinen Anfang, dem größere Fortschritte folgen müssen. Wenn der eingeschlagene Weg, Private durch staatliche Mittel zu unterstützen nicht zum Ziele führt, muß der Staat selbst bauen, auch wenn ihm das teurer zu stehen kommt. Nach dem vorliegenden Senatsbeschlusse werden die Wohnungen recht teuer werden. Nur der Wohnungsmangel zwingt vielfach die Leute, hier zu mieten. Da ist es nicht gerechtfertigt, von vornherein durch Vertrag die Untervermietung unter allen Umständen auszuschließen. Wenn die Gesellschaft selbst eine solche Bestimmung trifft, kann sie sie im gegebenen Falle ändern. Hier soll diese Bestimmung aber durch Rat- und Bürgerbeschluß bekräftigt werden und gilt dann für immer. Es können aber Fälle eintreten, wo sie für Mieter schwer fühlbar wird. Die Wohnungen werden an kinderreiche Familien abgegeben. Aber die Kinder werden groß und verlassen die Eltern. Diese altern, geraten vielleicht gar durch Krankheit und Arbeitslosigkeit in Not, und dürfen sich demnach die Miete nicht leisten. Wie ist es, wenn die Mieter an Verwandte abvermieten wollen. Nach der Bestimmung dürfen sie das nicht. Das ist aber durchaus unangenehm. Die moralischen Bedenken treffen vielfach daneben. Es handelt sich doch hier nicht um das Schlafbüchsenwesen, wie es sich in Berlin und anderen Großstädten herausgebildet hat. Hier soll also einzelnen Einwohnern etwas verboten sein, was den anderen gestattet ist. Solche Ausnahmegesetze halten wir nicht für richtig. Deshalb beantragen wir die Aufhebung der Bestimmung.

Senator Eichenburg bittet um Ablehnung des Antrages. Diese Wohnungen werden für kinderreiche Familien gebaut, sind die Kinder groß, dann können sich die Leute nach anderen Wohnungen umsehen.

Scheitherr befragt den Antrag Löwigt, in den Fällen, wo die Mieter sich das Haus käuflich erworben haben.

Dr. v. Broden will die Untervermietung abhängig machen von der Genehmigung der Heimstätten-Gesellschaft.

Löwigt ist mit dem Antrage des Dr. v. Broden einverstanden und zieht den feindlichen zu dessen Gunsten zurück, weil dann mehr Aussicht bestehe, daß die Bürgerschaft ihm folge.

Dr. Wittern: Da die Untervermietung immer abhängig ist von der Genehmigung des Vermieters, bedarf er des Antrages Dr. v. Broden nicht.

Senator Eichenburg: Die Häuser sollen für kinderreiche Familien gebaut werden.

Dr. Gärh wundert sich, daß die sozialdemokratische Fraktion den Antrag auf Streichung gestellt hat, da sie doch immer für

möglichst luftige und geräumige Räume für die Arbeiter eintreten. Ausnahmefälle müsse man allerdings zulassen.

Löwigt: Es ist richtig, daß die Sozialdemokratie immer für gesunde und geräumige Wohnungen für die Arbeiter eingetreten ist. Von diesem Bestreben weichen wir auch nicht ab, wenn wir hier für die Beseitigung einer Ausnahmebestimmung eintreten. Es ist notwendig, die Arbeiter wirtschaftlich zu stellen, daß sie auch die Miete für solche Wohnungen aufbringen können. Wenn man der Ansicht ist, daß die von mir bekämpfte Bestimmung des Vertrages doch nicht immer eingehalten oder durchbrochen werde, so sollte man sie gänzlich erlösen lassen.

Senator Eichenburg: Bei der kleinen Anzahl von zu schaffenden Wohnungen kommen wir kaum in die Verlegenheit, die Wohnungen nicht unter den vorgeschriebenen Bedingungen zu bauen. Schulmerich wünscht die Untervermietung nur bei den Häusern, die vermietet werden sollen, beim Kauf des Hauses muß die Untervermietung gestattet werden. Dr. Ziehl wendet sich vom ärztlichen Standpunkt gegen die Untervermietung. In der Abstimmung wird der Antrag Dr. v. Broden abgelehnt; die Senatsvorlage in ihrer ursprünglichen Fassung angenommen. Der Antrag Schulmerich, der eine Untervermietung nur bei vermieteten Häusern verbieten will, wird ebenfalls abgelehnt.

Die Gesamtvorlage wird angenommen. Die weiteren Senatsanträge betr. Anschaffung eines Motorbootes für die Zollverwaltung und Errichtung zweier Bootsführerstellen. Verstärkung der Mittel für jährliche Kosten der Finanzbehörde und für Kosten der Schuldenverwaltung werden debattelos angenommen.

Der nächste Senatsantrag betrifft die Beschränkung gewerblicher Anlagen u. s. w. d. a. in Travemünde und Braden. Nach einigen Ausführungen von Hend und Grünander betont, daß man ansässige Gewerbebetriebe nicht ausschließlich will — Dr. Gärh und der Senatskommissare findet die Senatsvorlage Annahme.

Die letzten Senatsanträge betr. Nachbewilligung auf Kosten des Neubaus eines Postgebäudes und einer Schuhmacherwohnung in Ruffe und Verstärkung der Mittel der Behörde für das Feuerlöschwesen werden ohne wesentliche Debatte genehmigt. Schluß der Sitzung 8 1/2 Uhr.

## Nus Lübeck und den Nachbargebieten

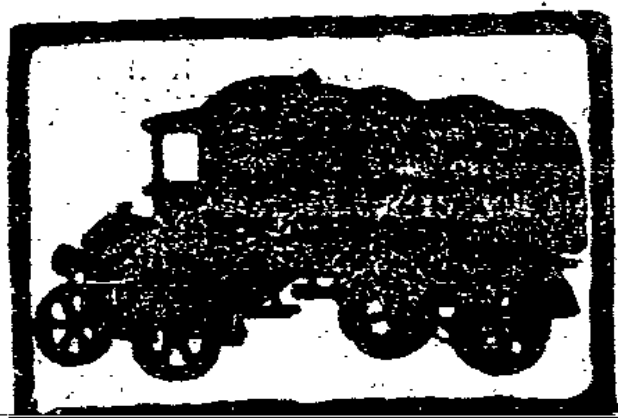
Dienstag, 16. April.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins der zehnten Abend im Gewerkschaftshaus tagte, ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken der verstorbenen Mitglieder Hermann Spittler, M. Svenson, Rudolf Bülker, Schluß und Catharine Meyenburg, sowie die im Kriege gefallenen Genossen Karl Köhling, W. Steinhardt, J. Wiebau, Willi Bojs, Wilh. Möller und Ernst Bromme. Zu bewegten Worten gedachte der Vorsitzende Genosse Löwigt der toten Kämpfer. Dann erstattete Genosse Bromme die Abrechnung vom 1. Quartal und die Jahresrechnung, die genehmigt wurden. Der Kassenbestand erhöhte sich um 300 Mk. Der Jahreskassenumsatz belief sich auf 25 317,49 Mk. Der Jahresbericht des Vorstandes wurde gleichfalls von Genosse Bromme erstattet. Unsere Organisation liege an der Schwelle des neuen Geschäftsjahres mit dem festen Willen da, einzig und geschlossen wie bisher zu kämpfen und zu wirken für die Interessen der Arbeiterschaft. Die Mitgliederzahl liegt von 5796 auf 6421. Darunter befinden sich 1399 Genossinnen, von denen etwa die Hälfte als Kriegserfrauen beitragsfrei sind. An 3000 Mitglieder befinden sich im Kriegsdienst und die Zahl der Kriegserfrauen liegt von 160 auf 188. Auf die Ortsgruppen des Landgebietes entfallen 784 Mitglieder, davon sind 333 einberufen in 202 Frauen. Wenn man die bisherige Mitgliederzahl zugrunde legt, habe der Krieg allein unserer Organisation durch Beitragsverlust einen finanziellen Schaden von 45 698,00 Mk. gebracht. Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in 10 Sitzungen. Vorstand und Ausschuß hielten 4 Sitzungen ab, an denen sämtlich auch die Bezirksführer teilnahmen. Der Bezirksvorstand hielt nur 2 Sitzungen ab. Es wurden acht Mitgliederveranstaltungen in Lübeck und 10 auf dem Landgebiete abgehalten, die fast alle durch Vorträge interessant gestaltet wurden. Durch den immer noch aufrecht erhaltenen Belagerungszustand blieb die öffentliche Agitation außer weiter beschränkt. Im Juni fand eine öffentliche Frauenversammlung statt, in der die Genossin Reiche-Hamburg über „Die staatsbürgerlichen Rechte der Frau“ referierte. Die Versammlung forderte vor allem, daß bei der Umgestaltung der Bürgerrechtswahlrechtes auch den Frauen — die während des Krieges das gesamte Wirtschaftsleben aufrecht erhalten haben — das Wahlrecht und damit die politische Gleichberechtigung gegeben wird. Eine diesbezügliche Resolution wurde an Senat, Bürgerschaft und Wahlrechtskommission weitergegeben. Am 10. Oktober fand dann eine Reiseversammlung in der Stadt

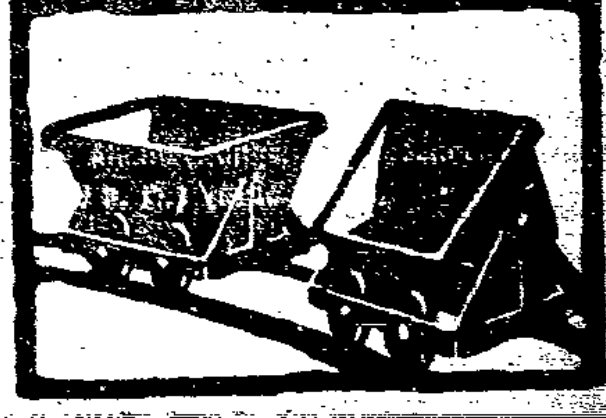
Bei Verkäufen und Versteigerungen aus Beständen der Seeres- und Marineverwaltung kann die Zahlung vorzugsweise durch Eingabe von Kriegsanzleihe geleistet werden. Käufer, welche die Bezahlung in Kriegsanzleihe anbieten, werden bei sonst gleichen Geboten in erster Linie berücksichtigt. Die Vorschrift zur Bevorzugung der Kriegsanzleihe gegenüber der Annahme baren Geldes erstreckt sich auf alles, was zur Abgabe an die Bevölkerung frei wird, also insbesondere auf Pferde, Fahrzeuge und Geschirre; Feldbahngerät, Motorlokomotiven und Kraftfahrzeuge nebst Zubehör; Futtermittel und sonstige Vorräte; landwirtschaftliche Maschinen und Geräte sowie Werkzeug; Fabrikeinrichtungen mit den zugehörigen Maschinen und Geräten;



Eisen, Stahl und andere Metalle; Holz und sonstiges Baumaterial; Webstoffe und Rohstoffe aller Art. — Die Kriegsanzleihe wird zum vollen Nennbetrage angerechnet und bis zur Höhe des Kauf- oder Zuschlagspreises in Zahlung genommen. — Als Kriegsanzleihe in diesem Sinne gelten sämtliche 5%igen Schuldverschreibungen des Reichs ohne Unterschied sowie die seit der 6. Anleihe ausgegebenen 4 1/2%igen auslosbaren Schatzanweisungen.



Willst Du also vorteilhaft kaufen, dann — zeichne Kriegsanzleihe!





Die statt, die gegen die Vaterlandspartei gerichtet war. Welche D. Stücken sprach über „Frieden und Freiheit“. Zu diesen Versammlungen stand kein Saal zur Verfügung. Den fanden zum ersten Male seit Kriegsausbruch auf dem Lande öffentliche Versammlungen statt, und zwar in Schluß, Licht und Trübsinn. Genosse Bromme sprach in ihnen über „Frieden, Freiheit, Brot und Vaterlandspartei“. Infolge außerordentlich hohen Papierpreise war auch die schriftliche Produktion gehemmt. Wir verbreiteten allgem. die Broschüre „Die Kriegspolitik der Partei im Lichte der wirtschaftlichen Tatsachen“ und gaben verschiedene wichtige Broschüren an die Funktionäre. Der „Lübecker Volksbote“ hat trotz notwendiger Preiserhöhung einen Zuwachs an Abonnenten zu verzeichnen. Doch dürfen wir damit nicht zufrieden sein. Die Zahl der Leser liegt noch in keinem Verhältnis zur Zahl der Arbeiter. Der Aufsatz des Redner des näheren auf die Jugendbewegung ging über die wir noch besonders berichten werden. Im Auftrage des Genossen Bromme auf die notwendige Erhöhung der Parteibeiträge zu sprechen und wies auf die großen Aufgaben, die unsere Partei nach dem Kriege zu erfüllen habe. Jedem mußte die Einheit und Geschlossenheit der Partei auch fernerhin möglichst erhalten werden. Hierauf erstattete Genossin Jacak Bericht über die Frauenbewegung. Bei Punkt 4) wurden die Vorarbeiten in seiner bisherigen Zusammenfassung wiedergegeben. Vorsitzender: P. Löwig (Stellvertreter M. Denkewitz), Kassierer: Bromme, Schriftführer: Geiger (Stellvertreter Wolfradt), Beisitzer: Gustav Hiers und Genossin Jacak. Zu Revisoren wurden die Herren Heinrich Ehlers, Wilh. Ehrlich und R. Zimmermann wieder, als Vertreter des letzteren Genosse Georg Drenk neu gewählt. Die Distriktsführer wurden in der alten Zusammenfassung bestätigt.

Hierauf kam die Erhöhung der Parteibeiträge zur Beratung, die vom Genossen Bromme ausführlich begründet wurde. Die Beitragserhöhung sei geboten infolge des Zusammenrückens der politischen und wirtschaftlichen Gegner der Arbeiterpartei und der Notwendigkeit für die künftigen Wahlen andere politische Kämpfe finanziell gestützt darzustellen. Die Erhöhungen für die kommenden Reichstags- und Bürgerchaftswahlen müßten in gar keinem Verhältnis gegenüber den früheren stehen, weil auf allen Gebieten eine ganz enorme Erhebung eintrat. Uebrigens sei die Beitragserhöhung bereits in vielen Wahlkreisen durchgeführt. Die Finanzlage der Partei sei wegen des Ausfalls der Geschäftsüberschüsse und wegen Abplitterung großer Bezirke wie Groß-Berlin, Leipzig u. Meierberg nicht günstig. Unser Vorschlag geht dahin, die Beiträge für weibliche Mitglieder von 15 auf 25 Pf. pro Monat, für die für männliche von 10 auf 15 Pf. pro Woche zu erhöhen und die Erhöhung am 1. Juli in Kraft treten zu lassen. Hoffentlich blieben trotzdem alle Mitglieder der Partei des Sozialismus zu, um den Kampf gegen die Reaktion führen zu können. In der Diskussion sprach Genosse Barzel gegen, Genossin Kammer die Erhöhung, worauf gegen eine Stimme die Erhöhung der Parteibeiträge in der vorgeschlagenen Weise beschlossen wurde. Darauf erfolgte Schluß der Versammlung.

**Einschränkung des Gasverbrauchs.** Trotz der angeordneten Einschränkung hält sich der Gasverbrauch auf solcher Höhe, daß die reichsgesetzlichen Bestimmungen nicht genügt ist. Andererseits ist die Lage auf dem Kohlenmarkt ernst. Es ergeht deshalb an die Gasabnehmer erneut die Aufforderung, sich im Verbrauch des Gases größerer Sparsamkeit zu befleißigen. Wird dem nicht Hinhören, muß mit einer weiteren Herabsetzung des Drucks in den Vormittags-, Nachmittags- und Nachstunden gerechnet werden. Abhängende Maßnahmen kommen ohne besondere vorherige Anführung zur Anwendung.

**Aprilwetter.** Nach einigen schönen Tagen war die Witterung während des nachigen Montages rau und unfreundlich. Am Abend gab es denn sogar ein heftiges Gewitter begleitet von starkem Regenschauern. Heute lacht die Sonne wieder freundlich, wie es im Frühling sein muß.

**Mobilmachung des Metalls der Einrichtungsgegenstände.** Zur Aufklärung einiger in Hausbesitzkreisen aufgetretenen Unklarheiten teilt uns das Polizeiamt folgendes mit:

1. Der amtliche Ausbau kommt in Frage für Arme und Ausleger, Karrierränzen, Sesselstühle, Brauseköpfe und Heizkörper, Fenstergitter und Fensterrahmen, Gitter und Zubehör, Türrahmen und Handläufer, Geländer, Griffe und Gitter, Haus-

wasserpumpen, Rohrleitungen usw. von Auschankapparaten, Treppenschußstangen usw. Türknöpfe, Türgriffe, Türhaken usw., Ventilationsklappen, Brauseköpfe in Badeanstalten usw., Fenstergitter und -Knöpfe, Geländer, Griffe und Gitter, Markisenzubehör, Schußstangen und Schußgitter, Tore und Gittertüren, Treppenschußstangen, Türhaken usw. Die Organisation des amtlichen Ausbaus steht noch nicht fest. Nach Möglichkeit muß der Besitzer selbst tragen, den Ausbau mit Hilfe seiner Handwerker herbeizuführen. Gelingt dies nicht, so ist der Antrag auf amtliche Ausbaufürsorge auf amtlichen Vordruck zu stellen. Laufen Anträge nur in geringer Zahl ein, so wird das Polizeiamt die Angelegenheit mit Hilfe der ortsanfängigen Handwerker zu regeln versuchen. Wird aber eine Einrichtung größerer Stills erforderlich, so wird das Polizeiamt die von der Gewerkekammer zugesagte Hilfe in Anspruch nehmen. Sollten indessen die Anforderungen die hiesigen Kräfte übersteigen, so wird die Metallmobilmachungsstelle des Kriegsministeriums ersucht werden, bei der Einrichtung einer amtlichen Ausbaufürsorge, deren Tätigkeitsbereich erforderlichenfalls auch auswärtige Bezirke umfassen könnte, beihilflich zu sein. Die Metallmobilmachungsstelle ist darauf vorbereitet, solche Ausbaufürsorge, denen Ausbaufürsorge zur Verfügung stehen, einzurichten.

2. Amtliche Ersatzbeschaffung kommt in Frage für  
a) Türknöpfe, Türgriffe, Türhandhaben, Türknöpfe und Fenstergitter und Fensterrahmen,  
b) Gewichte, Hahnenmaße und Brauseköpfe.  
Auch hier soll der Besitzer versuchen, sich selbst zu helfen. Doch hat die Metallmobilmachungsstelle eine großzügige Herstellung von Ersatzgegenständen veranlaßt. Die Anordnung einer besonderen Meldung der hiergenannten Gegenstände ist auf Veranlassung der Metallmobilmachungsstelle erfolgt, um eine Grundlage für die Berechnung des Bedarfs nach amtlich zu beschaffenden Ersatzgegenständen zu erlangen. Für alle übrigen ersatzbedürftigen Gegenstände haben sich die Betroffenen den Ersatz selbst zu beschaffen. Das Polizeiamt kann jedoch, soweit dies unabwendbar nötig sein sollte, mit Hilfe der Metallmobilmachungsstelle die Beschaffung von Material auswirken.

3. Trotz der sehr weitgehenden Erfassung der Einrichtungsgegenstände sind eine Menge Metallgegenstände im Hause noch nicht beschlagnahmt, z. B. Blumenvasen, Treppenschienen, Türangeln, Wasserhähne. Ausdrücklich ausgenommen sind alle Ringe für Gardinen, Portieren und Vorhänge, sowie in den Wohnräumen die Stangen und Stangenhalter zu Gardinen, Portieren und Vorhänge (anders in Geschäftsräumen, Gastwirtschaften und dergl.). Ebenfalls sind diejenigen Türknöpfe, Türgriffe, Türhandhaben und Türknöpfe ausgenommen, deren Griffteile nicht vollständig aus beschlagnahmtem Metall bestehen.

4. Zinn ist in jeder Form beschlagnahmt, also auch als Biergegenstand im Zimmer. Enteignet und ablieferungspflichtig sind aber nur die zinnernen Gegenstände der in dem Verzeichnis (§ 3 der Korpsverordnung) aufgeführten Arten.

5. Ueber die Ablieferung von Türknöpfen, Türgriffen, Türhandhaben und Türknöpfen ist folgendes zu merken: Nur Klappen, die zur Befestigung eines Verschlusses dienen, also drehbar oder jedenfalls beweglich sind, kommen in Frage und zwar nur bei Korridorüren, Labentüren, Haustüren, Drehüren, Windfangtüren und Fahrstuhlüren. Die dazu gehörigen Unterlagen (Langschilde, Rosetten usw.) unterliegen ebenfalls der Verordnung. Diese enteigneten Gegenstände brauchen aber noch nicht abgeliefert zu werden, soweit sie zur Bedienung von Haustüren und Korridorüren (Windfangtüren) dienen.

Handelt es sich um andere Türen, also besonders innere Türen, so sind die genannten Gegenstände bis zum 30. September abzuliefern. Der Besitzer braucht jedoch, wenn er selbst den Ausbau veranlaßt, die Unterlagen (Langschilde, Rosetten usw.) nicht mit abzuliefern.

**Kriegsunterstützung und Kriegsleihe.** Von amtlicher Seite wird geschrieben: Es wird gelegentlich gesagt, Empfänger von Kriegsunterstützung dürften ihre Ersparnisse nicht in Kriegsleihe anlegen, weil sie sonst Gefahr liefen, als Nichtbedürftige ihre Unterstützung einzubüßen. Dieses Gerücht ist unbegründet. Abgesehen davon, daß natürlich die Banken und Kassen über die bei ihnen erliegenden Zeichnungen von Kriegsleihe Verhältnisse beobachten, sollen bekanntlich nach einer schon vor längerer Zeit ergangenen Verfügung des Reichskanzlers kleinere Kapitalbeträge bei der Prüfung der Bedürftigkeit der Kriegsfamilien unberücksichtigt bleiben. Wer also seine Ersparnisse gut verzinste und dabei mündelhaft anlegen will, der nehme Kriegsleihe. Tugend welche Beeinträchtigung

seiner Kriegsunterstützung hat er davon in keiner Weise zu befürchten.  
**Der Dittkekreuzer „Wolf“**, von dessen erfolgreichen Fahrten in allen Weltmeeren man noch in fernem Zeiten sprechen wird, hat am Sonnabend nach mehrtägiger Anwesenheit den Lübecker Hafen wieder verlassen. Ihm und seiner vorzüglichen Mannschaft folgten die Sympathien der weitesten Kreise unserer Bevölkerung.

**pb. Reiche Diebesbeute.** In letzter Nacht wurden aus einer Käuherlate in Ködnitz 8 Schinken, 3 Schuttern, 2 Seiten Rumpsteck, 2 Mettwürste und ein Schwarzbrot mittels Eindringens gestohlen. In dem Verdachte der Täterschaft stehen zwei Soldaten, die gestern nachmittags dort Lebensmittel haben kaufen wollen. Scheinbar sind es dieselben Soldaten, die heute nacht gegen 12 Uhr mit zwei gefüllten Säcken die Herrenbrücke in der Richtung nach Israelsdorf passierten.

**pb. Drei Gänse gestohlen.** Einem Lehrer des Kriegskinderheims in Krenpelsdorf sind in der Nacht zum 14. ds. Mts. drei Gänse im Werte von 300 Mk. gestohlen worden.

**Segeberg.** Beschlagnahmtes Samstergut. Am Mittwoch voran wurden auf dem Segeberger Bahnhofe zwei große Schachteln mit geräucherten Schaltern, Mettwürsten und Gieren, die eine hiesige Händlerfirma nach Hamburg schaffen wollte, beschlagnahmt. Das gleiche Schicksal wurde einer Kiste zuteil. Diese enthielt Nachweise und Kartoffeln. Der Offizier war ein Landmann aus der Umgegend; die Sendung war an einen Hamburger Rechtsanwalt gerichtet.

**Hamburg.** Bootsunfall auf der Alster. Auf der Außenalster kenterte am Sonntag nachmittags ein Boot, in dem sich die Eheleute Fischer befanden. Der Mann konnte durch Injizieren anderer Ruderer gerettet werden. Die Frau ist ertrunken.

**Schleswig.** Zehn Kinder in einem Bett! Große menschliche Not spricht aus einem Aufruf, den Pastor Sommer erläßt. Er bittet um Unterstützung für eine arme Frau, Mutter von 23 lebenden Kindern. Die Mutter und das neugeborene liegen in einer ärmlichen Kiste auf Säcken; jede Wäsche, Bettzeug und sonstige Erforderliche für das neugeborene Kind fehlt. Von ihren 23 lebenden Kindern hat die Mutter zehn der jüngsten im Hause, die alleamt in einem Bett schlafen müssen! Solche Zustände illustrieren die Vortrefflichkeit unserer Weltordnung.

**Bremmerhafen.** 60 Personen an Wurstvergiftung erkrankt. In Bremmerhafen sind sechzig Personen an Wurstvergiftung schwer erkrankt. Ein Arbeiter ist gestorben.

## Neueste Nachrichten.

### Rücktritt des ungarischen Kabinetts.

Budapest, 15. April. In unterrichteten Kreisen verlautet, daß das Kabinett Wekerle heute abend seine Entlassung nehmen wird. Schon die Tatsache, daß der Träger der Krone hierher bemüht wurde, deutet darauf hin, daß die Lösung der innerpolitischen Fragen, vor allem der Wahlrechtsreform, auf unüberwindliche Schwierigkeiten stößt. Ob daneben auch der Rücktritt des Grafen Czernin auf die Entschlüsse des ungarischen Ministeriums eingewirkt hat, steht dahin.

### Um Gibraltar und Tanger.

Von der schweizerischen Grenze, 15. April. Wie der „Tempo“ meldet, hat in Spanien die Auseinandersetzung über die spanischen Ansprüche auf Tanger und Gibraltar infolge eines auf dringlichem Wege nach Madrid übermittelten Artikels der „Köln. Ztg.“ wieder lebhaft eingesetzt. Das von der „Köln. Ztg.“ für die Friedenskonferenz in Aussicht gestellte Eintreten Deutschlands zugunsten dieser Ansprüche wird von der deutschfreundlichen Presse eingehend besprochen und recht günstig aufgenommen, während die gegnerischen Blätter, wie z. B. „Diario Universal“, das Organ Romanones, Einspruch erheben.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwark. Druck: Friedr. Meyer & Co., Sämtlich in Lübeck.

**Verkauf von holländischen Enten.**  
Bis auf weiteres werden vom Markthallenaußenseher werktätlich von 8 1/2 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags gegen Vorzeigung eines amtlichen Ausweises Bestellungen auf holländische Enten abgenommen.  
Der Preis beträgt Mk. 3.50 für das Pfund.  
Eine Unternehmung auf die Fleischkarte findet nicht statt. Die Ausgabe der Enten geschieht nur Mittwochs und Sonnabends von 8 1/2 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags gegen Barzahlung.  
Der Ernährungsausschuß.

**Konsumverein für Lübeck u. Umgegend, e. G. m. b. H.**  
Dem Weltkriege zum Opfer fiel unser Lagerhalter  
**Heinrich Koop.**  
Erst während des Krieges in den Dienst unserer Genossenschaft eingetreten, konnte der Verstorbene doch eine längere Zeit die Interessen unserer Genossenschaft wahrnehmen und verlieren wir in ihm einen geschätzten Mitarbeiter.  
Ein ehrendes Andenken ist seiner sicher! (1856)

Am Sonntag, d. 14. ds. Mts., erhielt ich die tieferschütternde Nachricht, daß mein innigstgeliebter, preisgünstiger Mann, unserer Kinder liebender, reuiggegender Vater, unser guter Bruder, Schwiegerjohn, Schwager und Onkel, der **Heinrich Koop** am 12. ds. Mts. durch Schlaganfall dem großen Kreise zum Opfer gefallen ist.  
In tiefer Trauer:  
**Anna Koop geb. Pingel, Erna, Walter, Elisabeth und Helmi.**

**Ein Laufmädchen** gesucht zum Begebenen.  
**W. Ramm,** 1843 Korsettgeschäft, Pfaffenstr.  
**Guterhaltenes Sofa** zu verkaufen. (1845) Armstühle 32.  
**Zu verkaufen ein Haus** mit drei Wohnungen vor dem Postenort-Hof. (1844) Zu erfragen in der Exp. d. Bl.  
**Zu verkaufen ein Sportwagen** ohne Gummi, ein- und zweifach zu gebrauchen. (1845) Gländorffstraße 37, II.  
**Zeitschriften aller Art.**  
**Buchh. Friedr. Meyer & Co.**

# Nachte Kriegsleihe

Dem Ortsdienst der Lübecker Sanitätskolonnen sind vor einem Vaterlandsfreund  
**Mk. 100.—**

mit der Bestimmung überwiesen, für diesen Betrag ein Wertstück auf die achte Kriegsleihe als Prämie für 5 Markt-Anteilscheinzeichnungen zu erwerben.  
Der Ortsdienst der Lübecker Sanitätskolonnen gibt  
**am Mittwoch, 17., und Donnerstag, 18. April** bis Zeichnungsschluß (1 Uhr) im Laden Breite Straße 31  
**nummerierte Anteilscheine zum Betrage von Mk. 5.— aus.**  
Jeder Anteilschein nimmt an der am Donnerstag mittag sofort nach Zeichnungsschluß erfolgenden Auslosung der Prämie teil.  
Dem Zeichner werden die gezeichneten Beträge verjährt und zwei Jahre nach Kriegsschluß zurückgezahlt, außerdem hat er die Möglichkeit, die Prämie von Mk. 100.— zu erhalten.  
(1850) Der Ortsdienst der Lübecker Sanitätskolonnen.

Habe meine Praxis wieder aufgenommen.  
Sprechstunden von 9—2 Uhr.  
**Zahnarzt Schantz,** Breite Straße 37. 1841

**Stadttheater.** 1851  
Dienstag, den 16. April 1918:  
Gastspiel von  
**Albert Bassermann:**  
**Die Menschenfreunde.**  
Anverkauf.  
Mittwoch, den 17. April 1918:  
**Wiener Blut.**  
Donnerstag, d. 18. April 1918  
**Don Pasquale**  
Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.

**Leder-**  
sowie HANSA mit Lätzen vollwertiger Ersatz der Bernlederjohle.  
Vertaufstellen:  
Judenburger Allee 48.  
Meierstraße 29.  
Reifenstraße 3.  
Schlammstraße 6.  
1840  
**Visitenkarten**  
Buchdr. Friedr. Meyer & Co.  
Johannisstraße 46.

Täglich frische  
**Fleischhälften,**  
ohne Fleischmarken, Pfund 1 Mk.  
1847) Hundestrasse 95.

**Drägerwerk.**  
Mittwoch mittag 2 Uhr bis Donnerstag mittag 2 Uhr:  
**Knochenausgabe**  
für die Leute, die ausseken.  
1855 Nahrungsmittelausschuß Drägerwerk.

**Achtung!**  
**Öffentliche Versammlung**  
sämtlicher auf den Holzlagern beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen  
am Mittwoch, dem 17. April 1918  
abends 8 Uhr  
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.  
Tages-Ordnung:  
**Bericht der Lohnkommission.**  
1853 Der Einberufer.  
NB. Das Erscheinen sämtlicher auf den Plätzen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ist eine zwingende Notwendigkeit.  
D. O.  
**Hansa-Theater.**  
Heute abend 7 1/2 Uhr: (1848)  
**Die Dollarprinzessin.**  
Rechnungs-Formulare werden hergestellt in der  
Bumruderei „Cbd. Volksbote“  
Johannisstraße 46.



## Zentrum und Friedensresolution.

Die „Germania“ veröffentlicht am Sonntag einen Artikel über die Kriegspolitik des Zentrums, der sich scharf gegen die von der alldeutschen Presse aufgestellte Behauptung wendet, daß das Zentrum nur durch die Drohung Hertlings mit seinem Rücktritt zu bewegen war, von der Erabergerischen Kriegspolitik abzulassen. Die „Germania“ legt dann auseinander, daß auf das Zentrum weder ein Druck ausgeübt wurde, noch daß das nötig war, denn die Redner des Zentrums, Trimborn und Jehrenbach, hätten immer erkennen lassen, daß sich das Zentrum mit seiner Zustimmung zur Friedensresolution des Reichstages durchaus nicht für alle Zeit festgelegt habe. Zum Beweise dafür zitiert das Blatt aus der Rede Jehrenbachs die Sätze:

„Die Grundlage der Friedensresolution ist die Rücksicht auf die militärische und weltpolitische Situation, ihr Ziel ist ein ehrenvoller Friede noch im Verlauf des Jahres 1917. Wollen dies unsere Feinde nicht, so sind sie es, die uns die Freiheit unserer Entscheidung wiederzugeben haben.“

Diese Rede wurde am 6. Oktober 1917 gehalten, ehe an eine Kanzlerkandidatur des Grafen Hertling gedacht wurde. Die „Germania“ fährt dann fort:

„Bedarf es weiteren Beweises, daß das Gerücht von einem Druck des Kanzlers auf das Zentrum in Sachen seiner Stellung zur Kriegspolitik eitel Dunst und alldeutsches Nebelwolkchen ist? Jeder Einsichtige wird zugeben müssen, daß die heutige Haltung der Partei durchaus klar und planmäßig aus ihrer ganzen Politik des Jahres 1917 herausgewachsen ist und herauswachsen sollte. Von Anfang an hat das Zentrum auf dem Standpunkt der Regierung gestanden, deren drei Reichstagsler der Friedensresolution zugestimmt hatten, es hat mit diesen immer daran festgehalten, daß die Friedensresolution gleich der deutschen Antwort auf die Papstnote vom 1. August kein Freibrief für unsere Feinde sein solle, den Krieg nach Belieben fortzusetzen. Wenn der Reichskanzler Graf Hertling dies in seiner ersten Reichstagsrede vom 29. November klar und deutlich aussprach, so hat das Zentrum sogar ihm gegenüber die Priorität für sich, wie die angeführten Worte des Abg. Jehrenbach beweisen. Der Kanzler hatte also nicht nur nicht nötig, den ihm unterstellten Druck auf das Zentrum auszuüben, er hatte sogar nicht einmal die Möglichkeit zu einem solchen Versuch, weil er damit offene Lügen eingebracht hätte.“

In die Form der Abwehr gegen die Alldeutschen kleidet also die „Germania“ die Konstatierung der Tatsache, daß das Zentrum sich an die Grundzüge der Friedensresolution nicht mehr gebunden erachtet. Diese Grundzüge waren: keine Annektionen, keine Kriegsschädigung, keine gewalttätige Unterjochung fremder Völker!

In gleicher Weise äußern sich auch andere Zentrumsblätter. So sagt das „Düsseldorfer Tageblatt“:

„Es ist nicht mehr verpönt, von Ungliederungen zu sprechen, die militärisch oder volkswirtschaftlich notwendig sind, und von Kriegsschädigung, wenn sie erreicht werden kann.“ Die gleichfalls dem Zentrum zuzurechnende „Eisener Volkszeitung“ sagt: „Der Zentrumsabgeordnete Trimborn hat auf dem Kölner Parteitag deutlich ausgesprochen, daß das Zentrum sich nicht mehr an die Friedensresolution gebunden hält. Andere Mitglieder des Zentrums haben sich in gleichem Sinne ausgesprochen. Damit stellen sie sich auf den Boden der öffentlichen Meinung.“

Ja, was wollen denn die Herrschaften eigentlich? Vielleicht sagen sie das einmal mit voller Deutlichkeit.

## Die Sozialpolitik im neuen Deutschland.

Die überaus ruhige Gesellschaft für Soziale Reform hat auch während der Kriegszeit den Fragen der Sozialpolitik große Aufmerksamkeit geschenkt und sie trifft schon jetzt Vorkehrungen, um die

für die Friedenszeit zu stellenden sozialreformatischen Forderungen programmatisch aufzustellen. Ein wie reges Interesse der zukünftigen Sozialpolitik in der der genannten Gesellschaft naheliegenden Kreise entgegengebracht wird, bewies am 14. April in Berlin. Trotz des herrlichsten Frühlingwetters war der große Saal der Philharmonie so überfüllt, daß eine Parallelbesprechung in einem kleinen Saale des Lokals abgehalten werden mußte.

Was in dieser Rundgebung von Vertretern der einzelnen Organisationen der Berufe und der Stände unserer Sozialpolitik als Forderungen der Zukunft vorgetragen wurde, umfaßt ein großes Programm, das aber zum weitestgehenden Teil mit Leichtigkeit durchgeführt werden kann, da es nicht allzu große materielle Anforderungen an Staat und Gesellschaft stellt; nur der gute Wille und die Einsticht zur Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterklasse gehört dazu. Wir trafen manchen alten Bekannten unter den zukünftigen Forderungen an, die schon vor vierzig Jahren von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage erhoben wurden und deren Verwirklichung erst jetzt durch die soziale Umwälzung der Kriegszeit einen Schritt näher gekommen ist. So z. B. das Arbeitskammergesetz.

Nach einer kurzen Eröffnungsansprache durch Hr. v. Betsch hielt Prof. Dr. Franke das einleitende Referat, das das zukünftige reformatorische Programm enthielt. Er hält es für eine Verpflichtung der Heimgebliebenen, den heimkehrenden Kriegern ein neues Heim zu errichten, das ihnen Schutz vor den Gefahren des wirtschaftlichen Lebens bietet. Die Wege der Sozialpolitik führten dazu. In dem vor Kriegsausbruch von gewöhnlicher Seite verkündeten Stillstand der Sozialreform mußte eine Gefahr erblickt werden. Der durch den Druck höchster Kriegsnot verschlehtete Arbeiterstand mußte nach Kriegsende verbessert und vervollkommen werden. Prof. Franke erkennt außer diesem Rückschritt in der Sozialreform auch manche Errungenisse während der Kriegszeit, so die geringe Verbesserung in der Unfall- und Invalidenversicherung. Bei dem starken Verlust an arbeitsfähigen Menschen, der nicht allein durch den Tod auf den Schlachtfeldern eingetreten sei, sondern auch durch die erhöhte Sterblichkeit in der Heimat, müßte eine selbstbewußte, energiegelade Bevölkerungsreform getrieben werden. Mütter- und Säuglingschutz, vor allem die zu bewährte Wochenhilfe, muß fortgeführt und die Arbeiterversicherung ausgebaut werden. Das war Geld kosten. Das Reich selbst jetzt schon unter der Kriegslast und wird die Mittel dazu nicht leicht beschaffen können. Jede Million aber, die in dieser Weise für die Erhaltung und Erparung der Volkskraft angewandt werde, trage hundertfältige Frucht. In gleicher Weise wie eine Wohnungsreform, die sich nicht nur auf den Bau neuer Wohnungen beschränken dürfe, sondern eine Beseitigung des Wohnungslebens zum Ziele haben müsse, müßte die Wiederherstellung des Arbeiterstandes, das Verbot der Kinderarbeit und der Nachtarbeit für Frauen, ebenso eine Verbesserung der Sonntagruhe durchgeführt werden. Der Einwand, der schon seit von mancher Seite erhoben würde, daß bei dem zu berücksichtigenden Mangel an Arbeitskräften eine Verlängerung der Arbeitszeit die notwendige Folge sein müßte, sei unsozial, der Krieg habe gezeigt, daß dasjenige Volk Sieger sei, das den besten Arbeiterstand und die fortgeschrittenste Sozialpolitik im Lande habe. Um etwaigen Arbeitsmangel und die Arbeitslosigkeit zu beheben, sei das öffentliche Nachweismessen zu verbessern, die Erwerbslosenunterstützung einzuführen und eine Regelung bei der Zusammenordnung ausländischer Arbeiter zu treffen. Am Lebensbedürfnisse und Löhne in gewissen Ausmaß zu halten, müsse der Staat Lohnpolitik treiben, wie das jetzt schon vereinfachend durch die Festlegung von Mindestlöhnen geschehen sei. Das Arbeitskammergesetz werde nur endlich bald kommen und damit den Arbeitern eine gesetzliche Interessenvertretung gegeben, die andere Stände längst hätten. — Prof. Franke fand manchen trefflichen Wort über die Verschärfung der Arbeiter- und ihrer Organisationsrechte, die besonders sichtbar im Kriege hervorgetreten ist. Er verlangt deshalb auch eine Erweiterung der politischen und wirtschaftlichen Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse, eine grundsätzliche Reform des Koalitionsrechts, auch für die Landarbeiter, die Aufhebung des § 153 der C.-D., die Wahlrechtsreform und die Zulassung von Arbeitervertretern zu den städtischen und kommunalen Körperschaften, sowie einen ungehinderten Aufstieg der Begabten. Besonders Beifall verdient er, als er dabei betonte, daß nicht getragt werden dürfe, was ist der Mann? Arbeiter oder Akademiker, sondern was weiß er.

Der Vertreter der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften Hartmann stellte in den Mittelpunkt seiner Erörterungen die Forderung auf Einführung eines Hilfsdienstgesetzes, die Behauptung der durch das Hilfsdienstgesetz geschaffenen Arbeiterausschüsse und Schlichtungsausschüsse, um etwa kommenden Lohnkämpfen zu begegnen.

Demgegenüber betonte Legien von den Zentralverbänden der Gewerkschaften, daß die Voraussetzung zur Errichtung eines solchen Einigungsamtes außer dem Arbeiterstand die Gewährung der vollen Koalitionsfreiheit sei. Solange die Arbeitskraft als Ware behandelt wird, würden wirtschaftliche Kämpfe nicht zu vermeiden sein. Die Koalitionsfreiheit dürfe aber nicht theoretisch anerkannt werden, sondern sie müsse praktisch durchgeführt werden, und zwar in der Verwaltung- und Gerichtspraxis, in der bei Auslegung des Gesetzes vieles geändert werde. Die Zahl der Widerjäger gegen den Arbeiterstand sei nicht gering, diese Widerstände aber müßten zum Wohl des Volkes überwunden werden.

Eine größere Anzahl von Rednern der verschiedenen Berufsorganisationen der Privatbeamten und Angestelltenverbände unterstützte dann noch in kurzen Ansprachen ihre speziellen sozialpolitischen Forderungen des Berufes vor, wobei in der Hauptsache den Fragen der Bevölkerungsreform, der Wohnungsreform, des Arbeiterstandes und auch insbesondere der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten besondere Bedeutung beigelegt wurde.

Die Versammlung ging, vom besten Geiste befeuert, in der festen Absicht auseinander, für die Fortführung der Sozialreform mit allen Kräften auch im neuen Deutschland zu wirken.

## Das Getreideabkommen mit der Ukraine.

Die Meldung, wonach die schwierigen Verhandlungen mit der Ukraine über die Lieferung von Getreide aller Art, Hülsenfrüchten und Leinwand zum Abschluß gelangt sind, bringt, so schreibt die „Frankf. Ztg.“, eine angenehme Ueberraschung, besonders da es schließlich schon im April mit der Lieferung begonnen werden soll, denn die bisher bekanntgewordenen Nachrichten lauteten in Bezug auf die Liefermöglichkeiten der Ukraine recht pessimistisch. Noch vor wenigen Wochen bezweifelten Fachleute, daß vor Ende August nur geringe Mengen exportiert werden könnten. Freilich stammt dieses Urteil aus einer Zeit, in der unsere Truppen erst im westlichsten Teile der Ukraine angelangt waren, während wir jetzt im eigentlichen Getreidebezirk der Ukraine, im Charlow, angelangt sind. Da der russische Bericht die zu liefernden Mengen in Rubel angibt, stellen wir im folgenden die verhältnismäßig zu liefernden Mengen in Tonnen nochmals zusammen. Es sind zu liefern:

im April	135 000 Tonnen
im Mai	246 000
im Juni	528 000
im Juli	311 000
zusammen 1 220 000 Tonnen	

Man wird gut tun, auf diese Ziffern keine zu weitgehenden Hoffnungen für uns aufzubauen, denn es ist bisher ja nicht gesagt worden, welcher Prozentsatz nach Deutschland und welcher nach Oesterreich zu liefern ist. Da es kein Geheimnis ist, wie ungünstig gerade die Verhältnisse für die alte Ernte in manchen Teilen Oesterreichs liegen, so wird wohl zunächst der Hauptanteil dort hin abgeführt werden, immer vorausgesetzt, daß der Vertrag nicht auf dem Papier bleibt, sondern daß wir uns die einzuweisen noch etwas schwache ukrainische Regierung Mittel und Wege finden, das zweifelslos vorhandene Getreide aus seinem Versteck herauszubolen.

Letzten Endes wird auch die Preisfrage eine große Rolle spielen. Die Angaben in dem Kiener Telegramm sind in dieser Beziehung noch nicht klar. Es ist dort die Rede von 5 Rubel für das Pud Roggen und 6 Rubel für das Pud Weizen. Das entspricht also einem Preise von 305 bzw. 366 Rubel für die Tonne. Wie aber soll der Rubel bewertet werden? Eine zuverlässige Angabe darüber hat man bisher nicht; indessen wird als Durchschnittswert 130 Mark für 100 Rubel erwartet werden können. In diesem Falle würde der ukrainische Bauer für die Tonne rund 400 Mark bekommen. Dazu treten aber die erheblichen Kosten von Frachten, die auf vielleicht 100 Mark zu schätzen sind, so daß uns der Roggen nicht weniger als 500 Mark kosten würde, gegenüber einem deutschen Höchstpreis von annähernd 300 Mark. Technisch ist die Lage für Weizen und alle anderen Produkte.

Nach den letzten Kiener Meldungen wird angenommen, daß die Ukraine einseitig eine Art Ausfuhrmonopol betreiben will, das würde bedeuten, daß die Einkaufsquantitäten der deutschen Handelsvereinigung zunächst rein mechanisch sein werden. Sie würden sich auf die Übernahme und Weiterleitung der von der ukrainischen Staatsorganisation angebotenen Menge beschränken, während man früher der Meinung war, daß der deutsche Importhandel Ware im ukrainischen Lande aufkaufen und hierhin ziehen sollte.

## Diethelm von Buchenberg.

Eine Schwarzwälder Dorfgeschichte von Berthold Auerbach.

### Erstes Kapitel.

In dem freundlichen Städtchen G. war lebhaftes Marktgewühl, und mitten durch das auf und ab wogende Menschengebirge bewegte sich, von zwei Seiten, tief eingekreuzten Kapprn getragene, ein Bernerwägelin, auf dessen niedergeborenen Halbkugeln ein breitschulteriger Mann saß. Der breitkrempige, schwarze Hut mit handhoher Silberkante im Samtbande, der tragelose, einreihige, schwarze Samtrock mit den nahe zusammengelegten, flachen, silbernen Knöpfen, die rote Scharlachweste mit dem kugelförmig silbernen Knöpfen zeigten den reichlich oberländischen Bauer. Er hielt mit beiden Händen die Pferde straff im Zügel, die Weidung sah neben ihm, und er rief nur manchmal bei zögernd Ausweichenden ein „Auf'sicht!“ oder einfach „Hoh!“ zu. Die Pferde trugen die Köpfe mit dem meistbeschlaglenen Riemenzeug so stolz, als wüßten sie, wach ein Aufsehen sie erregten. Neben dem Manne saß ein junges Mädchen, ebenfalls in oberländischer Tracht, die sich mehr im Schritt als im Stoff zeigte; denn der braune Spengler und die schwarze Schürze waren von Seide, nur die Haube war noch in der landesüblichen Weise, und aus den schwarzen, am Rinn geknüpften Bändern sah ein blaßes, längliches Gesicht mit dunklen Augen.

Die Leute im Gedränge gafften alle nach dem Gefährte und dessen überaus stattlichen Insassen. Manche vergaßen darüber, auszuweichen, und mußten von Nachbarn angerufen werden, und bald da, bald dort gab es ein heftigeres Gedränge, aber die Kapprn standen jedesmal auf einem Pfiff ihres Herrn still. Oftmals auch grüßte dieser einen Bekannten und rief ihm zu: „Weißt schon, hm Hirsch.“ In dem Marktgewühl schienen und mit roten Entschäutern versehenen Zwischritzen, auf denen noch, über die rechte Schulter gelegt, schäpferartig der lederne Gurt mit glänzenden Messingringen prangte; ihre Hunde liefen hart neben ihnen, denn sie hatten sie an die vielgelenkigen Ketten angeknüpelt. Ueber das bartlose, runde Antlitz des Fahrenden zuckte oft ein Lächeln, denn er hörte die Staunenden am Wege fragen: „Wer ist das?“ worauf die Antwortenden immer ihre Verwunderung ausdrückten, daß man den nicht kenne. „Das ist ja der Diethelm von Buchenberg“, hieß es dann, „der hat mehr Kromentaler, als die zwei Gaultzeln können, und ein anderer sagte wieder: „Ich will, du und ich, wir hätten das miteinander im Vermögen, was der heut für Woll- und Schafes einnimmt.“ — „Wenn der Diethelm da ist, geht der Markt erst an“, sagte ein dritter. „Die Engländer warten alle auf ihn“, rief ein vierter. Ein Mann, der mit mehreren anderen eine gute Straße neben dem Wagen herging, begrüßte:

„Ich bin von Lehweiler, und der Diethelm ist auch von da gebürtig. Er hat einen graunam mächtigen Familienanhang. Vor zwanzig Jahren sind das lauter Krattentmacher (Korbmacher) und Bettelweil gewesene, und der Diethelm hat sie hingestellt, daß sie kapitalstark sind. Ja, ja, so ein Mann in der Freundschaft, und sie ist glücklich.“

Der Fahrende stieß manchmal die neben ihm Sitzende an, daß sie auch hinhörte auf das, was man sagte. Die üble Nachrede im eigentlichen Sinn des Wortes sah der Fahrende nicht zu vernachlässigen, denn es gab auch manche, die über die Ungebühre schimpften, mit Ross und Wagen mitten durch das Menschengebirge zu fahren; andere machten darob Witze, und einige gehobene Heldenheeren suchten hinter dem Wagen drei und spähten auf die Polizei, die so etwas lude. Ein Brezelverkäufer, der seinen Kram auf einem langen Stock aufgereiht trug, sagte tadelnd: „es sei nichts schlimmer, als wenn der Bauer auf den Gaul käme, der mache es ärger als die Herren.“

Der Viehberufete fuhr aber fröhlichen Antlitzes wie ein Trümpfherder dahin, und endlich war man beim Wirtshaus zum Hirsch, das eine ganze Wagenburg umstellte, angelangt. Eine mächtige Glode erschallte im Hausflur, die Frau Hirschwirtin erschien, reichte Diethelm die Hand, hieß die „Junger Tochter“, die als schlankes, biegsames Gestalt auf dem Wagen stand, willkommen, half ihr absteigen und nahm ihr eine bunt geflickte Kiste ab. Der Hausknecht, der heute seinen großen Tag hatte, war doch bei der Hand, und während er die Aufhaffketten der Pferde löste, half ihm ein Schäfer dieselben aussträngen.

„Ist alles in Ordnung, Medard?“ fragte Diethelm den Schäfer, indem er sich neben die Pferde stellte; der Schäfer hejahte, eilte dem Mädchen nach und räumte ihm schnell zu: „Mein Mund (Raimund) ist auf Urlaub auch hier.“

Das Mädchen erwiderte und antwortete nichts, es hand sich die Haube fester, indem es in das Wirtshaus trat.

Der Schäfer Medard eilte zu seinem Herrn zurück und sagte, daß er schon beim Einfahren von einem Händler darum angehalten worden sei, wie teuer er verkaufe.

„Wie ich die gefragt habe“, erwiderte Diethelm ruhig, „siebzehn Gulden das Paar und keinen roten Heller weniger. Sag dem Hirsch, dein Herr sei der Diethelm, und der laß nicht mit sich handeln. Wir nehmen unser Vieh wieder heim, es ist mit so lieb wie bei Geld.“

„Baronenjuchweil“ lobten und teils geradezu, teils auf Unwegen seinen Reichtum hervorhoben. Diethelm hielt die Hand auf den Sattelgaul gelegt, er war im Stehen kleiner, als er auf dem Wagen erschienen war, er sah kaum etwas mehr als fünfzehn Faust, wie die Kapprn, und war auch so wohlgenährt wie jener Faust. Er versah nur, wie das immer geht, von jahrelangen Marktaustritten, das Aussehen sei groß und die Kapprn gering, da Händler und Fabrikanten der Preis sehr drückten und überhaupt hat Geld sehr knapp sei, weil alles auf Zeit kaufen wolle.

„Dann verkauf' ich gar nicht und kauf' selber“, erwiderte Diethelm und schlug sich dabei auf den Bauch, um den er eine umfangreiche, leere Geldgurt geschwast hatte. Mehrere hoben ihn nun lustig an, und er sagte an, aber er lehnte sich jetzt noch ab, und als man ihn aufforderte, mit in die Stube zu gehen, schien er sich schwer von keinem Gefährt zu trennen, und aus kleinen Mienen sprach nur halb der ihn bewegende Gedanke: „So wie man geht und steht, herumlaufen, das hat kein Ansehen, da man wie jeder Hergelaufene; ich will' ich könnt mit meinem Rapprn und meinem Küßche in den Stuben herumspazieren.“

Diethelm zeigte sich doch auch gleich, wer man ist. „Es war ein festliches Lächeln, mit dem erdicht Diethelm die Rapprn in den Stuhl schickte. Die städtische Note, die ihn umgab, konnte er nicht als sein Geleit betrachten, und waren auch verkommenere Leute darunter, ehemalige Schafhalter, die jetzt als Unterhändler dienten, Schnarboher, deren ganzes Marktgeschäft im Erhalten eines Freitanks bestand; hoch große Männer haben immer auch solche in ihrem Geleit, und Diethelm schritt an der Spitze seines Tollens breitfüßig einher.“

Der Kneppenberger, ein hagerer Bauer im zerrungenen, schmalen Kittel, mit einem schmalen Messerbande auf dem linken Gesäß, war ehemals selbst wohlhabend gewesen, hatte sich im Schafhandel „verpöbeliert“ und war jetzt der gewandteste Unterhändler. Dieser wollte sich an die Seite Diethelms drängen; er bot ihm eine Biße aus seiner großen, birkennindigen Dose und mochte ihm allerlei mitteilen, aber Diethelm verweigerte ihm mit besonderer Miene auf später und zog den Schulterschiff von Kneppenberger, einst mehr ehrenwürdigen Gewissen an sich, und so trat er in die Wirtstube, wo jetzt ein langer Tisch und an Seitenbänken saßen Männer und Frauen und erlitten sich an Saurekraut und Sauwörter und gebrühtem Unterländer Wein; und was sie nicht auftrugen, wickelten sie in ein daneben gelegtes Papier und steckten es in die Tasche. Da und dort war auch der Tisch zu einer Reihung gekommen, und mit Kreide wurde der Tisch zusammengezogen, denn es waren schon mehrere verkauft. Mancher wohlhabende Mann, der Diethelm zu, und mancher arme, sagte die Gabel war mit ihm gekommen.



